galt. Die Hintergründe und Hintermänner dieses Attentats wurden in dem darauf folgenden Prozeß aufgedeckt und bloßgestellt. Stern und sein Komplice Wassiljew handelten im Auftrage ausländischer Mächte, von denen sie ihre Instruktionen und Anweisungen erhielten. Durch das Attentat sollte der Bruch der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion und ein aggressives Vorgehen der Westmächte gegen den Arbeiterstaat herbeigeführt werden.

Am 6. Mai erfolgte dann das Attentat auf den französischen Staatspräsidenten Doumer, der von dem Weißgardisten und Emigranten Gorgulow durch fünf Revolverschüsse niedergestreckt wurde. Auch dieser Mordanschlag hatte das Ziel, die Beziehungen der Sowjetunion zu den kapitalistischen Mächten zu zerstören und den Ausbruch des Interventionskrieges zu provozieren. Vom welchen Gedankengängen die weißgardistischen Attentäter und Emigranten dabei getrieben werden, enthüllt der Emigrant Jablowski in dem Rigaer Kadettenblatt Sewodnja mit folgenden Sätzen:

„Für uns ist es vorteilhafter — sagen die Terroristen —, in allen Beziehungen vorteilhafter, **das Ziel zu ändern und auf Ausländer zu feuern.** Der sich daraus ergebende Vorteil ist offenkundig. Ein solcher Schuß — sagen die Terroristen — **wird viel mehr Aufsehen erregen.** Aber sie haben noch eine Erwägung: Ein Schuß auf einen bekannten Ausländer **kann den Bolschewiki große und ernste Unannehmlichkeiten bereiten und sogar politische Komplikationen hervorrufen.**"

Noch offener tritt das unter dem Schutz der französischen Regierung in Paris erscheinende Blatt der zaristischen Schwarzhundertschaften für die Durchführung von Attentaten und Provokationen ein.

„Für uns kann es nur ein einziges Verbrechen für alle kommenden Zeiten geben: **Untätigkeit, Nichtausnützung auch nur der geringsten Möglichkeit, den Bolschewiki irgendeinen Schlag zu versetzen**", schrieb „Wozrashdenije" am 29. März. Einige Tage später aber, am 5. April, erklärte sie: **„Wir sind verpflichtet, etwas zu riskieren, wir sind verpflichtet, jede Chance auszunutzen, die sich uns bietet."**

Schießen, morden und provozieren — überall und bei jeder Gelegenheit — das ist die **einheitliche Auffassung aller konterrevolutionären,** weißgardistischen Emigranten, die in allen kapitalistischen Ländern von den bürgerlichen Regierungen als **willige Werkzeuge und treueste Agenten** im Kampf gegen die Sowjetunion **beschützt und durchgefüttert** werden. Diese Bereitwilligkeit der weißgardistischen Attentäter und Provokateure, alles zu tun was die Friedenspolitik Sowjetrußlands zerstören und den unmittelbaren Anlaß zum Interventionskrieg geben kann, ist auch die Ursache der **wütenden Verteidigung** dieser Mordbanden durch die Bourgeoisie und ihre Presse. Während sowohl Stern und Wassiljew als auch Gorgulow als **„Verführte"** bzw. „Beauftragte der russischen Tscheka" hingestellt wurden, benutzte die bürgerliche Pressemeute beide Attentate zu einer **verschärften Kriegshetze** und wilden Aufpeitschung der Volksmassen gegen die Sowjetunion.

Alle Lügenmeldungen und Hetzmachrichten, alle Fälschungen können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Revolver- und Bombenanschläge **planmäßig von den Weißgardisten vorbereitet und im Auftrag der imperialistischen Kriegstreiber durchgeführt werden,** um den Ausbruch des Krieges gegen die Sowjetunion zu beschleunigen und den unmittelbaren Anlaß zum Beginn dieses Raubzuges zu geben.

Gerade das letzte Attentat auf den japanischen Ministerpräsidenten Inukai beweist das mit aller Deutlichkeit. Hier handelt es sich schon nicht mehr um „gedungene Mörder", die man bedauern und gleichzeitig abschütteln kann. Hier handelt es sich bei den Attentätern um die Mitglieder der „guten Gesellschaft", des Adels, um Offiziere, die Mitglieder der angesehensten nationalistischen Organisation, der führende Politiker, Staatsleute und hohe Offiziere angehören. Das Ziel dieses Attentats liegt unverschleiert und offen vor uns. Die freiwilligen Geständnisse und noch mehr die Ereignisse nach dem Attentat, die Neubildung der japanischen Regierung ausschließlich aus Mitgliedern der **faschistischen Partei** sind der beste und klarste Beweis dafür, daß **die Ermordung des japanischen Ministerpräsidenten erfolgte, um den Krieg gegen die Sowjetunion zu entfesseln.**

Die Herrschaft der Militärs, die Herrschaft der Generale und der offenen extremsten Kriegsparteien tritt an die Stelle der Regierung der Parlamentarier und Diplomaten, der verschleierten Kriegspolitiker. Aber nicht nur in Japan, auch in einer Reihe anderer imperialistischer Länder, besonders auch in Deutschland, treten die Generale und die offenen Antisowjet- und Kriegsparteien **stärker in den Vordergrund und übernehmen die Führung der Innen- und Außenpolitik.** Zur selben Zeit, in der in Japan ein offenes Kriegskabinett gebildet wird, drängt die Generalskamarilla in Deutschland darauf, daß ihr nicht nur ein entscheidender Einfluß, sondern die **Führung der Regierungsgeschäfte** übergeben und die Nazinalsozialisten zur Regierung herangezogen werden, die sich mit den japanischen Kriegstreibereien und Attentätern solidarisieren. In demselben Augenblick erklärt aber auch die **SPD,** daß sie **„bereit ist, jeder Regierung ernstlich zu helfen."**

So schließt sich der Ring von den weißgardistischen Emigranten über die Nationalsozialisten und Reichswehrgenerale bis zur SPD. So geistigt sich die Front aller imperialistischen Mächte rings um die Sowjetunion zur Vernichtung des siegreichen sozialistischen Aufbaues und der proletarischen Diktatur. Alle finden sich in dem **gemeinsamen Ziel zusammen,** durch die Ausplünderung der Werktätigen im eigenen Lande und die Zertrümmerung der Sowjetunion den Ausweg aus der sich immer mehr verschärfenden Krise des verfaulenden kapitalistischen Systems zu beschreiten.

Die Stunde ist ernst. Die Ereignisse überstürzen sich. Die Gefahr eines neuen Völkermordens steht unmittelbar vor uns.

Aber die Bourgeoisie kann nur Krieg führen, wenn die Arbeiterklasse ihr stillschweigend zu Willen ist.

Die Bourgeoisie und alle Kriegsverbrecher werden zugrunde gehen, wenn die Arbeiterschaft sich erhebt und den Kampf gegen den Interventionskrieg für die Verteidigung der Sowjetunion **im eigenen Lande aufnimmt.**

Kommunisten, revolutionäre Arbeiter, geht mit bolschewistischer Geschlossenheit mit eurer aktiven Tat in den Kampf gegen die Vorbereitung des Krieges!

Arbeiter in den Betrieben! Erwerbslose an den Stempelstellen! Werktätige Gegner eines neuen imperialistischen Weltgemetzels! Bildet überall die einheitlichen und geschlossenen kampfbereite Antikriegsfront, entfacht eine Protestbewegung der Millionen gegen das geplante neue Verbrechen! Beschließt überall die Verteidigung des ersten Landes des Sozialismus, des Landes des ersten und zweiten Fünfjahrplanes, des Bollwerks des Weltsozialismus, durch eure revolutionäre Tat!

Beschließt die Verhinderung aller Kriegstransporte und der Kriegsproduktion! Rüstet zum Streik!

Nehmt den Kampf auf gegen den Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen die Vernichtung der Sozialversicherung, gegen alle Verbote proletarischer Organisationen und Veranstaltungen, gegen den Naziterror und alle faschistischen Maßnahmen der Kapitalsdiktatur.

Sozialdemokratische, parteilose und kommunistische Arbeiter, kämpft in geschlossener Front für eure eigene Existenz und für den Frieden der Sowjetunion.

Weitere Kabinettsberatungen der Brüningregierung

Verschleierte Generalsdiktatur

Brüningregierung verhandelt nur noch in Gegenwart Schleichers. Schließt die Kampffront für die Forderungen der KPD

Berlin, 19. Mai (Eig. Ber.)

Auch gestern fanden im Reichskabinett weitere Beratungen über die neuen Notverordnungen statt. An diesen Beratungen nahmen, wie die Vossische Zeitung mitteilt, General Schleicher und der frühere Preissenkungskommissar Goerdeler teil.

Die Teilnahme zweier Männer, die noch nicht Mitglieder der Regierung sind, an den Beratungen der Brüningregierung erhellt blitzartig die Situation. Der überragende Einfluß Hindenburg, als dessen ausdrücklicher Vertrauensmann Schleicher an den Kabinettsberatungen teilnimmt, wird für die rasche Heranziehung der Nazis eingesetzt.

In derselben Linie liegt es, wenn der „Völkische Beobachter" schreibt, daß nicht Brüning nach Lausanne gehen dürfe, sondern daß in Lausanne Männer auftreten müßten, „die sich auf das Vertrauen der Nation stützen können". Das neue Diktat der Youngkapitalisten soll also von einer „nationalen" Regierung unterschrieben werden. Die Unterwerfung Hitlers unter die Youngfinanz ist vollständig.

Noch aus einem anderen Grunde will die Bourgeoisie die Umbildung der Reichsregierung hinauszögern. Die kommende neue Notverordnung wird die schwerste Belastungen für die Massen mit sich bringen. Darum soll die kommende „nationale" Regierung damit nicht belastet werden. Der radikale Abbau der sozialen Unterstützungssätze, die notverordnete Arbeitsdienstpflicht und alle anderen Massenbelastungen sollen noch auf das Konto der Brüningregierung gesetzt werden.

Die bürgerliche und SPD-Presse sucht durch lange Artikel über die verschiedenen Möglichkeiten der Regierungsumbildung über diese neuen Angriffe auf die Lebenshaltung der Massen hinwegzutäuschen. Sie verschweigt ihren Lesern, daß an den Beratungen des Brüningkabinetts, dem die SPD ihr Vertrauen ausgesprochen hat, der faschistische General Schleicher teilnimmt. Für die Entwicklung zur offenen Generalsdiktatur, trägt die SPD die volle Verantwortung. Auch jetzt noch sucht sie die Arbeiter der „Eisernen Front" vom Kampf für ihre Lebensforderungen abzulenken.

Dies neue Verbrechen der SPD-Führer darf nicht gelingen. **Mobilisiert in Betrieb und Stempelstelle, in Stadt und Dorf die Arbeiter und Werktätigen ohne Unterschied des Parteibuches zum geschlossenen Kampf für die kommunistischen Forderungen im Reichs- und Landtag. Zerreißt alle Verwirrungskünste der Feinde der Arbeiterklasse! Schließt die Reihen zum Kampf für eure Lebensforderungen!**

Reichstagseinberufung abgelehnt

Berlin, 19. Mai. (Eig. Drahtb.)

Der sozialdemokratische Reichstagspräsident Löbe hat den kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstages zum 19. Mai, abgelehnt, da hinter dem Antrag nicht ein Drittel der Abgeordneten stehe.

Die revolutionäre Presse deine Waffe
Die KPD deine Führerin

Die Wirtschaftskrise verschärft sich. Die Generale strecken die Hand nach der Macht aus. Die Generalsdegen und der Militärstiefel sollen die hungernden Massen beruhigen. Unterstützung wird abgebaut. Löhne und Gehälter werden reduziert.

Die gesamte bürgerliche, aber auch die sozialdemokratische Presse unterstützt die Pläne der Feinde des Proletariats. Für die Arbeiterschaft steht die Aufgabe:

den Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit verstärkt zu organisieren

Die scharfe Waffe im Kampf ist die kommunistische Presse. Die kommunistische Presse zeigt den Weg, entlarvt die Manöver der Feinde, mobilisiert und sammelt die Massen.

Die kommunistische Presse ist ein Schwert im Klassenkampf, wirbst du Leser für die kommunistische Presse, dann stärkst du die Reihen der proletarischen Revolution.

Die Kommunistische Partei ist die Führerin im revolutionären Klassenkampf. Nur die KPD kämpft rücksichtslos gegen die Klassenfeinde. Nur mit der KPD kann das Proletariat den Sozialismus erkämpfen. Nur die KPD zerschlägt die Lügen, zerschlägt die Kompromisse, schafft die Front: Klasse gegen Klasse!

Unsere Antwort auf die verschärfte Diktatur, auf die Vorstöße der Generale ist

neue Leser für die kommunistische Presse — neue Mitglieder für die KPD

Am 21. und 22. Mai Großwerbetage und Landsonntag

Organisiert die Massenwerbung für Partei und Presse. Stoßbrigaden heraus! Stoßtrupps in Betriebe, in Haus und Hof, in Stadt und Land, überall Werber für die kommunistische Presse, für die Kommunistische Partei.

Am 22. und 23. Mai errichtet überall Werbelokale. Veranstaltet Werbefahrten! Hinaus aufs Land! Jeder neue Leser der Parteipresse, jedes neue Mitglied der Partei ist ein neuer Soldat der proletarischen Revolution. Jeder Soldat der proletarischen Revolution wird ein neuer Werber. Setzt alle Kräfte ein.

Beantwortet den Vorstoß der militärischen Reaktion mit dem Massenaufgebot für Partei und Presse

Arbeitsbauern erzwingen Pachtermäßigung

Erfolgreicher Kampf gegen Adel, Fiskus und Kirche. Pächter antworten auf Bodenwucher der Kirche mit Massenaustritten. Der rote Landsonntag muß das Bündnis zwischen Dorf und Stadt verstärken

In dem Dorf **Reichelsheim** im Odenwald, wo während der Wahlkampagne ein **Komitee der kleinen Pächter** gebildet worden war, nahmen die Kleinbauern, meist Pächter, jetzt in einer Versammlung Stellung zu den hohen Pachtsätzen.

Die Kleinbauern forderten 40 Prozent Pachtermäßigung und beschlossen, die Pachtzahlung selbständig zu reduzieren, wenn die Senkung nicht bewilligt werden sollte. Angesichts dieser entschlossenen Haltung der Bauern erklärte sich der Verpächter, **Graf von Erbach** und der Fiskus zu einer Senkung von 20 bis 25 Prozent bereit. Die auch **als Verpächter auftretende Kirchenbehörde** dagegen verlangte rücksichtslos die alten Pachtsätze und da die Pächter die Zahlung verweigerten, ging die Kirchenbehörde zur Neuversteigerung der Grundstücke über.

Eine starke Empörung bemächtigte sich der kleinen Pächter. Unter Führung des Pächterkomitees und mit Unterstützung der Arbeiterschaft marschierten die Pächter am Tage der Neuversteigerung auf und begaben sich geschlossen ins Versteigerungslokal. Das Pächterkomitee rief auf, daß nur die bisherigen Pächter bieten dürfen und dabei nicht höhere Pachtsätze als 15 bis 20 Mark gegenüber den bisherigen Pachtzinsen von 40 und 60 Mark pro Morgen.

Entsprechend dem Aufruf des Pächterkomitees wurden für die einzelnen Pachtgrundstücke Gebote von 15 bis 20 Mark abgegeben und der Pfarrer sah sich unter dem Druck der Massen gezwungen, den Zuschlag zu geben. Beim Verlassen des Lokals erklärte der Pfarrer jedoch: „Nur die Kirchenbehörde wird diese Versteigerung ja doch nicht anerkennen". Diese Bemerkung löste eine derartige Empörung aus, daß einige Pächter den Pfarrer und seine Getreuen verprügeln wollten und nur mit Mühe zurückgehalten werden konnten. 21 Kleinpächter und Arbeiter traten sofort aus der Kirche aus.

Der erfolgreiche Kampf der Bauern gegen die hohen Lasten, verbunden mit dem Kampfe gegen die Kultusreaktion hat in den umliegenden Orten ein begeistertes Echo gefunden. Dem Beispiel der Bauern von Reichelsheim müssen die Bauern in allen Dörfern folgen. Ueberall müssen **Bauernkomitees gebildet,** und der gemeinsame Kampf mit den Arbeitern um die Existenzforderungen organisiert werden.

Am kommenden Sonntag ist roter Landsonntag. Die revolutionären Arbeiter nutzen ihn zur weitgehenden Mobilmachung der Arbeitsbauern in den Dörfern, um auch die Kleinbauern in verstärkter Form zum Kampf gegen Kapitalsdiktatur, Notverordnungspolitik und faschistischen Massenbetrug zu mobilisieren.

Bauerndemonstration mit Sensenfahne

In der Landgemeinde Lozen (Kreis Landsberg-Warthe) fand eine Besprechung der werktätigen Bauern statt, in der beschlossen wurde, gemeinsam zum Gemeindevorsteher zu gehen und ihm ihre Forderungen vorzutragen. Die Bauern setzen sich in geschlossenem Zug unter Vorantragen einer roten Sensenfahne in Bewegung und überbrachten dem Gemeindevorsteher ihre Forderungen.

Stille Koalition der SPD mit Nazis

Dessau, 17. Mai. (Eig. Mld.)

In der heutigen ersten Sitzung des neugewählten anhaltischen Landtages wurde das Präsidium gewählt. Landtagspräsident wurde ein Nazabgeordneter, erster Vizepräsident ein Sozialdemokrat, zweiter Vizepräsident ein Deutschnationaler. Die Sozialdemokraten enthielten sich bei der Wahl des Präsidenten der Stimme; zum Dank dafür gaben die Nazis bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten weiße Stimmzettel ab und ermöglichten so die Wahl des Sozialdemokraten.

Internat. Seeleutekongreß verboten

Aus Hamburg wird die erlogenerende Tatsache bekannt, daß der Internationale Kongreß der Seeleute, Binnenschiffer und Hafenarbeiter, der am 20. Mai in Altona stattfinden sollte und zu dem überall das Seeproletariat Delegierte gewählt hatte, durch den Polizeipräsidenten verboten worden ist. Da dieser Kongreß vor allem auch zur Organisierung des internationalen Kampfes der Arbeiterklasse gegen die ständig wachsende Kriegsgefahr Stellung nehmen sollte, ist dieses Verbot ein Schlag der deutschen Bourgeoisie gegen den Kampf der Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Krieg.

Seinen schweren Verletzungen erlegen

Wir berichten an anderer Stelle über einen Betriebsunfall im Eltwerk. Wie uns jetzt mitgeteilt wird, ist der dabei schwer verbrannte Arbeiter Kirmse heute vormittag seinen schweren Verletzungen erlegen.